

Kommentare zum Stuttgarter DGB-Kongreß

Aus der großen Zahl von Kommentaren zum Stuttgarter DGB-Kongreß greifen wir heute einige heraus, die in besonders prägnanter Form die Ansichten ihrer Autoren oder bestimmter Gruppen zum Ausdruck bringen.

Als „Kongreß der vertagten Entscheidungen“ charakterisiert *Hanz Katzer*, MdB, den Stuttgarter Kongreß in *Soziale Ordnung* (Christlich-demokratische Blätter der Arbeit, Oktoberheft). Aus seiner gründlichen Analyse, die wir zur Lektüre empfehlen, wollen wir hier zunächst die Eingangssätze zitieren:

„Der Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart hat nicht mehr gehalten, als seine Vorbereitungen versprochen. Er war ein Meisterstück der Umschreibung heißer Probleme und das Ergebnis einer sorgfältigen Planung, die erfolgreich die ihr anscheinend gestellte Aufgabe löste, jeder Entscheidung auszuweichen. Es gab keine gewerkschaftspolitische Frage von einigem Gewicht, die nicht angeschnitten worden wäre, keine aber auch, die nicht nach wie vor offenblieb, und es gibt gute Gründe, diesen Ablauf zu begrüßen. Dann nämlich, wenn man sich der Auffassung anschließt, daß es in Stuttgart von vornherein nicht möglich war, die Weichen einer neuen gewerkschaftspolitischen Entwicklung zu stellen.“

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen schreibt dann Katzer: „Es ist noch alles offen. Mit diesem Satz könnte das wirtschaftspolitische Referat, das zweifellos einen der wenigen markanten Punkte des Stuttgarter Kongresses darstellt, überschrieben sein, aber auch der Kongreß selbst. Es wurde nichts entschieden, und nichts, was gesagt oder beschlossen wurde, ist unwiderruflich. Überall sind Ansatzpunkte gewesen, in denen die Möglichkeit einer Versachlichung der Gewerkschaftspolitik und damit eine Chance für die deutschen Gewerkschaften liegt. Eine Chance für die Einheitsgewerkschaft, die sich einerseits durch ihre parteipolitischen Bindungen, andererseits infolge der Ignorierung vernünftiger und erwiesenermaßen brauchbarer Programme selbst in steigendem Maße der Möglichkeit begeben hat, die Ordnung unserer Gesellschaft umzugestalten. In den gleichen Ansatzpunkten liegt aber auch die andere Möglichkeit einer gegenteiligen, negativen Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner zukünftigen Struktur, in seiner Programmatik und nicht zuletzt in seinem Charakter als eine echte, von allen seinen Kräften anerkannte Solidargemeinschaft . . .“

Die Fragen, die damit aufgeworfen werden, sind zunächst einmal Fragen an uns selbst. Die Notwendigkeit für die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft, sich auf einer gemeinsamen Plattform zu finden, wird nicht mehr diskutiert, und sie wird ihr durch die enge Kooperation der sozialdemokratischen Gewerkschafter im DGB mit der Sozialdemokratischen Partei im gewissenmaßen vorgeschrieben. Der Weg dorthin ist noch nicht zu Ende gegangen ...“

Ergänzend sei zitiert, was in den *Gesellschaftspolitischen Kommentaren* (Nr. 19) Dr. *Herbert Reichel* S.J. zum Stuttgarter Bundeskongreß schreibt:

„Der 5. Ordentliche DGB-Bundeskongreß in Stuttgart mag manchen Beobachter enttäuscht haben. Er scheint müde, langweilig und bar aller Konflikstoffe abgelaufen zu sein, die eine vorsorgliche Kongreßleitung auf später vertagt hat. .. Wer versucht ist, die Bedeutung des Stuttgarter Kongresses aus der lustlosen Stimmung zu erschließen, wird genauso fehlgehen wie einer, der die Bedeutung des Frankfurter Kongresses 1954 etwa aus den Beifallsstürmen um Dr. *Agartz* — was doch nur eine peinliche Episode blieb — ablesen zu können glaubte.“

Das entscheidende Ergebnis von Stuttgart sind *die gesellschaftspolitischen Impulse*, die sichtbar wurden und in drei Aufträgen an den Bundesvorstand ihren Niederschlag fanden — es sind drei Schlußfolgerungen aus den einheitsgewerkschaftlichen Erfahrungen des ersten Jahrzehnts (1949 bis 1959) —; sie sind bis zum nächsten Bundeskongreß 1962 befristet: 1. Überprüfung und Verbesserung der *organisatorischen* Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit im DGB und der ihm angeschlossenen Gewerkschaften, 2. Überprüfung der *Satzung* betr. Änderung bzw. Ergänzung, 3. Überprüfung der *programmatischen*, besonders wirtschaftspolitischen Grundlagen.

Drei Männer sind in diesem Zusammenhang besonders hervorgetreten: *Ludwig Rosenberg* mit seiner wirtschaftspolitischen Programmrede und der Forderung auf Entdogmatisierung und Entideologisierung der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik, *Georg Leber* mit seinem freimütigen und konstruktiven Vorstoß für eine Stärkung der DGB-Bundesspitze, *Willi Richter* in seinem Bemühen um die Fragen gewerkschaftlicher Einheit und Gruppenbildung.“

Nach eingehenden Darlegungen der Probleme des Kongresses und der kommenden Gewerkschaftsarbeit schreibt Dr. Reichel S.J. abschließend: „In den kommenden Jahren bis zum nächsten Bundeskongreß 1962 werden die Kollegenschaften weiterhin wachsen und sich in den DGB und seine angeschlossenen Gewerkschaften hinein integrieren und konsolidieren. Man wird annehmen können, daß *Willi Richter* und vielleicht mancher hinter ihm sich noch nicht endgültig damit abgefunden haben, daß die Kol-

legenschaft so und nicht anders ist. Das ist ihr gutes Recht, wie es Recht und Aufgabe der christlich-sozialen Kräfte in der Einheitsgewerkschaft ist, weiterhin aktiv zu werden und sich Einfluß zu schaffen. Es wird erforderlich sein, die christlich-soziale Einigung aller Kräfte und Gruppen herbeizuführen, die sich gewerkschaftlich auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft zu Hause wissen. Nüchtern und loyal durch sachgerechte Koordination der einzelnen Gruppen kann die Einigung bald gelingen und eine Gesamtkonzeption erarbeitet werden. Es scheint nicht allzu schwierig zu sein, wenn *alle* Beteiligten in Freiheit und Solidarität zusammenstehen und die Chance von Stuttgart nutzen.“

In *Druck und Papier* (Nr. 19) veröffentlicht *Fritz Rück*, der schon als Diskussionsredner auf dem Stuttgarter Kongreß sehr temperamentvoll gegen die Reformforderungen von *Georg Leber* aufgetreten ist, einen Kommentar, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Die Form der Industriegewerkschaften hat sich bewährt, die Art ihrer Autonomie und ihrer Eingliederung in den DGB hat sich eingespielt. Auch was eine einzelne Gewerkschaft tut, ist gewerkschaftliche Aktion und bedeutet Verstärkung der gesamten gewerkschaftlichen Macht. Gewiß ist es für die Vertreter der kleinen Gewerkschaften nicht immer angenehm, wenn bei Diskussionen und Entscheidungen das Votum der ‚Großen‘ besonders schwer wiegt, aber es ist leichter zu ertragen, als wenn alles von oben herab dirigiert würde. Die Mischung von zentralistischen und föderalistischen Gesichtspunkten und Organisationsformen im DGB ist keine ideale Lösung, aber sie hat sich einigermaßen durchgesetzt. Eine Gleichschaltung, vor allem der Beiträge und Unterstützungen, wäre verhängnisvoll. Die Schwäche war und ist zweifellos vorhanden, aber sie hatte und hat andere Ursachen ...“

In einem Lande, wo der Arbeitsminister *Blank* durch Nichtzahlung seiner Beiträge aus seiner Gewerkschaft ausgeschieden ist, wo die Spitze der Gewerkschaften gelähmt ist durch die Rücksichtnahme auf den linken Flügel der CDU und den rechten Flügel der SPD, wo man keine klare Position gegen die herrschende Staatspartei einzunehmen wagt, die frisch-fromm-fröhlich-frei an ihrem Klein-Europa zimmert und ihre sterile Ostpolitik weiterführt, wo ein Mann wie *Scharnowsky* Außenpolitik im Geiste des ‚kalten Krieges‘ macht und die Argumentation zu den Anträgen über Wiedervereinigung und zu den bescheidenen Vorschlägen der Jugend für Kontakte auf der unteren Ebene dieselbe ist, die man vor vierzig Jahren von der antibolschewistischen Liga hörte — in einem solchen Lande ist mit den kleinen Pflasterchen organisatorischer Reformen auch innerhalb des DGB nichts erreicht.“

„Der Bann ist gebrochen“ überschreibt *Kurt Brumlop* seinen Kommentar (*Die Quelle*, Heft 10). Nach einem Hinweis darauf, daß *Georg Leber* offen ausgesprochen habe, was die meisten dachten, schreibt Brumlop:

„Natürlich reicht eine mutige Rede noch nicht aus, um Entwicklungen umzukehren, die seit Jahren vor sich gegangen sind. Aber der Kongreß hat schnell geschaltet. Er nahm Anträge an, die zumindest die Verpflichtung bedeuten, gewerkschaftspolitisch zu koordinieren und darüber hinaus notwendige Satzungsänderungen vorzubereiten. Dieser Verpflichtung kann sich weder der Bundesvorstand noch können sich die Industriegewerkschaften ihr entziehen, wenn sie nicht spätestens durch den nächsten Bundeskongreß in drei Jahren dafür zur Rechenschaft gezogen werden wollen. Man kann aber auch die Hoffnung haben, daß niemand sich dieser offensichtlich notwendigen Reform der Gewerkschaftsbewegung entziehen möchte. Die Wege dazu gilt es jetzt sofort zu überlegen.“

Brumlop betont dann die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Lohn- und Tarifpolitik: „Gewiß, der DGB wird auch künftig keine Tarifverträge abschließen wollen oder können, aber es soll und muß im Lohnpolitischen Ausschuß beim DGB-Bundesvorstand *vorher* darüber geredet werden, wenn wesentliche und für die ganze Gewerkschaftsbewegung richtungweisende Bewegungen von einer Gewerkschaft geführt werden. Das ist bisher nur unzureichend geschehen.“

Weiter heißt es im Leitartikel der Quelle:

„Organisatorisch ist vor allem die Doppeltgleisigkeit gemeint, die reformbedürftig ist. Es geht nach Meinung der Antragsteller und des Kongresses, der sich ihre Meinung zu eigen machte, nicht an, daß bei Presse und Bildung, im Rechtsschutz und bei der Werbung, in der Angestellten-, Jugend- und Frauenarbeit ein Nebeneinander von DGB und Gewerkschaftsarbeit besteht, das vielfach zu Aufwendungen führt, die nicht im rechten Verhältnis zum erreichbaren Erfolg stehen.“

Auch auf dem Gebiet der *Wirtschaftspolitik* wurden offene Worte gesprochen. Die Kritik zur Mitbestimmung wurde von dem zuständigen Vorstandsmitglied *Ludwig Rosenberg* aufgenommen, und es ist zu erwarten, daß die Geister sich hier nicht mehr beruhigen werden.

Vertagt wurde die Überarbeitung des *Grundsatzprogramms*. Das erscheint vielen Gewerkschaftern, die sonst keineswegs für das Vertagen von Entscheidungen sind, als gut. Gewiß halten auch sie Grundsatzprogramme nicht für unveränderlich, aber man sollte keine Sozialisierungsvorhaben über Bord werfen, ohne dafür einen handfesten Ersatz zu haben. Modernität sollte nicht mit Konformismus verwechselt werden. Die öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen

Machtkonzentration, ein heute vielgebrauchter Begriff, ist nach Meinung dieser Gewerkschafter bisher noch zu unscharf, um Lücken zu füllen, die durch die Aufgabe von bestimmten Forderungen nach Gemeineigentum gerissen würden. Die Gewerkschaften haben eine engere soziologische Basis als die CDU und auch als die SPD. Ihr Programm wird sich daher aus objektiven Gründen von dem einer auf breitere Wählerschichten angewiesenen Partei unterscheiden. Das sollte man sehen und in den nächsten drei Jah-

ren bei der Diskussion des Grundsatzprogramms im Auge behalten.

Stuttgart war sicher kein Kongreß der großen gewerkschaftspolitischen Entscheidungen, es bahnte sie nur an. Wir sollten dennoch froh darüber sein, daß der 5. Ordentliche DGB-Kongreß seinem drohenden Schicksal entging, ein reiner Routinekongreß zu bleiben. Jetzt kommt es darauf an, die Unruhe, die in Stuttgart durchbrach, als schöpferische Gestaltungskraft der Gewerkschaftsbewegung zu nutzen.“

W.F.